



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Ländlicher Raum
Az.: 612-60/kö
Tel.: 0391/56531-40
weiss@landkreistag-st.de

24. August 2017

Rundschreiben Nr. 475/2017

Bilanz der ländlichen Entwicklungspolitik der Bundesregierung

Kurzfassung:

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein faktenreiches und differenziertes Bild der ländlichen Räume aufgezeigt und eine Bilanz zu ihrer ländlichen Entwicklungspolitik gezogen.

Die Bundesregierung hat in einer 72-seitigen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Bilanz zu ihrer ländlichen Entwicklungspolitik gezogen.

Die Bundesregierung stellt ihrer Antwort vorweg, dass auch in den ländlichen Räumen eine umfassende wohnortnahe Versorgung und eine lebendige Ehrenamts- und Vereinsstruktur selbstverständlich sein muss. Die Gewährleistung von Sicherheit und Entwicklungsperspektiven bestimmten maßgeblich die Lebensqualität der Menschen.

Maßnahmen sowie Strategien zur Sicherung oder Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse müssten sowohl die öffentliche Daseinsvorsorge wie auch die wirtschaftliche Entwicklung im Blick haben. Das gelte gleichermaßen für Bildung, Gesundheit, Mobilität, Polizei, Feuerwehr, Kultur, bezahlbaren Wohnraum und vieles mehr. Hierzu zählen mithin eine effiziente Wirtschaftsförderung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik, um attraktive, wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten und zu schaffen, sowie ein Nahverkehrsangebot, das die Fahrt zum Ausbildungs- und Arbeitsplatz sowie zu Kino und Sport überhaupt ermöglicht.

In der Antwort geht die Bundesregierung auf

- die Bevölkerungsentwicklung in den ländlichen Räumen (abgegrenzt nach der auch vom Deutschen Landkreistag genutzten Thünen-Typologie),

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

- differenziert nach dem Grad der Ländlichkeit die durchschnittlichen Fahrtzeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum nächsten Oberzentrum,
- die Veränderung der Anzahl der Personen mit Migrationshintergrund von 1997 bis 2017 in den ländlichen Räumen,
- die erwarteten Folgen der demographischen Entwicklung auf die Daseinsvorsorge, die Wirtschaftskraft und die Landnutzung in den ländlichen Räumen und Eignung der bestehenden politischen Instrumente zum Abbau regionaler Disparitäten,
- die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächeninanspruchnahme,
- die Entwicklung der Wohnungsleerstände, Kaufpreise von Eigenheimen und Wohnungsmieten,
- die Entwicklung der Versorgungsstruktur mit Verkaufsstellen des Einzelhandels sowie die mittlere Entfernung zur nächsten Verkaufsstelle im Lebensmitteleinzelhandel nach dem Grad der Ländlichkeit,
- die Eignung der bestehenden Instrumente der Raumordnung (wie etwa das Zentrale-Orte-Konzept), um wachsende Ungleichheiten in der Raumentwicklung zu adressieren,
- den Förderrahmen für die ländliche Entwicklungspolitik (u.a. Bestückung der Gemeinschaftsaufgaben, Verhältnis der Gemeinschaftsaufgaben zueinander, Ergebnisse der Modellprojekte, Bundesprogramm Ländliche Entwicklung [BULE], Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“,
- Aktionen und Maßnahmen der Bundesregierung auf europäischer Ebene in der Debatte um die Förderpolitik nach 2020,
- die Geeignetheit des bestehenden Fördersystems aus EU- und Bundesprogrammen und bestehende Förderlücken,
- die Kommunalfinanzen in ländlichen Regionen und die Folgen der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für strukturschwache Räume,
- die Infrastruktur und Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen (u.a. Erreichbarkeit und Entwicklung des Angebots und der Nachfrage nach Bildung und Betreuung, des Angebots und der Nachfrage nach Gesundheitsversorgung und Pflege, Verfügbarkeit von Breitband-Internet mit mindestens 50 Mbit/s),

- die Entwicklung der Bruttowertschöpfung und der Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft, dem verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in den ländlichen und den nicht-ländlichen Räumen von 1997 bis 2017,
- die Entwicklung des BIP pro Kopf und der Einkommen in den ländlichen und den nicht-ländlichen Räumen von 1997 bis 2017,
- die Entwicklung des Anteils der Beschäftigten in wissensintensiven Industrien in den ländlichen und den nicht-ländlichen Räumen von 1997 bis 2017,
- die Entwicklung der Arbeitslosenquote und des Fachkräftebedarfs in den ländlichen und den nicht-ländlichen Räumen von 1997 bis 2017,
- die Entwicklung der Pendeldistanzen in den ländlichen und den nicht-ländlichen Räumen von 1997 bis 2017,
- die Eignung des bestehenden Förderrahmens der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zur Abmilderung regionaler Disparitäten und ihrer Rolle nach 2020,
- die Entwicklung der Zahl touristischer Übernachtungen in den ländlichen Räumen von 1997 bis 2017,
- die Koordinierung der Politik für ländliche Entwicklung in der Bundesregierung und die Aufgaben der interministeriellen Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“ (IMAG),
- die Ergebnisse des Bürgerdialogs „Gut leben auf dem Land“ und ihre Folgen für die Politik,
- die Finanzierung von Forschungsvorhaben durch das BMEL ein.

Die Antwort der Bundesregierung zeichnet ein faktenreiches und differenziertes Bild der ländlichen Räume und stellt dabei auch nach Ländern differenzierte Daten zur Verfügung.

Nähere Einzelheiten bitten wir der **Anlage** zu entnehmen.



Theel

Anlage
(**nur** digital)